

Städtisches Klinikum München GmbH
- Änderung der Zuständigkeit für die Beteiligungssteuerung
- Änderung des Gesellschaftsvertrags
- Benennung der Mitglieder des Aufsichtsrates

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V00486

Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats vom 28.05.2014
Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis

I. Vortrag des Referenten.....	2
1. Änderung der Zuständigkeit für die Beteiligungssteuerung.....	2
1.1 Bisherige Entwicklung der Beteiligungssteuerung.....	2
1.1.1 Bisherige Beschlüsse.....	2
1.1.2 Aktueller Sachstand zum Beteiligungssteuerung und zukunftsorientierte Weiterentwicklung.....	3
1.2 Zukünftige Beteiligungssteuerung: Zuständigkeit des Referat für Gesundheit und Umwelt.....	4
1.2.1 Ziele eines strategischen Versorgungsmanagements.....	4
1.2.2 Maßnahmen.....	5
1.2.3 Umsetzung und Prozesse.....	6
1.2.4 Zuständigkeit des Gesundheitsausschusses.....	7
1.2.5 Zukünftige Zusammenarbeit und Schnittstellen Referat für Gesundheit – Stadtkämmerei (Betreuungsreferat) – Städtisches Klinikum München GmbH.....	7
1.2.6 Personal und Finanzierung.....	10
1.3 Zukünftige Beteiligungssteuerung: Zuständigkeit der Stadtkämmerei und des Finanzausschusses.....	11
1.3.1 Definition, Zielsetzung und Aufgaben des Beteiligungsmanagements der Stadtkämmerei.....	11
1.4 Personelle Ausstattung.....	12
2. Benennung der Mitglieder des Aufsichtsrates.....	13
3. Änderung des Gesellschaftsvertrags.....	13
3.1 Mitgliedschaft im Aufsichtsrat.....	13
3.2 Ende der Amtszeit als Aufsichtsratsmitglied.....	14
4. Abstimmung.....	14
5. Beteiligung der Bezirksausschüsse.....	14
II. Antrag des Referenten	15
III. Beschluss.....	17

I. Vortrag des Referenten

Die Ausführungen zu 1. sind von RGU und Stadtkämmerei gemeinsam erstellt worden, die Ausführungen zu 2. und 3. wurden vom Direktorium erstellt. Die Beschlussvorlage wird vom Direktorium vorgelegt, das es sich um eine Organisationsfrage von zentraler Bedeutung und einer grundlegenden Frage der städtischen Beteiligungssteuerung handelt.

1. Änderung der Zuständigkeit für die Beteiligungssteuerung

1.1 Bisherige Entwicklung der Beteiligungssteuerung

1.1.1 Bisherige Beschlüsse

Ab Gründung der Städtisches Klinikum München GmbH (StKM) bzw. Übernahme des Klinikbetriebs zum 01.01.2005 war das Referat für Gesundheit und Umwelt alleiniges Betreuungsreferat des Unternehmens. Aufgrund einer deutlichen Zunahme finanz- und betriebswirtschaftlicher Fragestellungen, begründet durch die wirtschaftliche Entwicklung der StKM und der Deklaration als Sanierungsfall, wurde ab Juni 2013 deshalb zusätzlich die Stadtkämmerei in die Beteiligungssteuerung mit eingebunden.

In der Vollversammlung am 26.06.2013 (Auftrag dazu wurde in der Vollversammlung am 27.02.2013 erteilt) hat der Stadtrat deshalb dazu die Beschlussvorlage 08-14 / V 12354 "Darstellung von möglichen gesellschaftsrechtlichen, organisatorischen und administrativen Maßnahmen zur Stärkung der Funktionsfähigkeit des Städtischen Klinikums und seiner Organe" behandelt und zu Punkt 4.1. "Funktionserweiterung bei der Beteiligungssteuerung" folgenden Beschluss gefasst:

"Die Stadtkämmerei wird beauftragt, als weiteres Betreuungsreferat das betriebs- und finanzwirtschaftliche Controlling, auch das des Sanierungsprozesses, der Städtisches Klinikum München GmbH wahrzunehmen. Das Referat für Gesundheit und Umwelt bleibt zuständiges Betreuungsreferat im Sinne des städtischen Systems der Beteiligungssteuerung. Die Stadtkämmerei wird beauftragt, mit dem RGU und dem Direktorium Art und Umfang der Aufgabenwahrnehmung abzustimmen und das Ergebnis dem Stadtrat bis spätestens im Herbst 2013 zu berichten."

In der Sitzung des Finanzausschusses am 23.07.2013 wurden gemäß der Beschlussvorlage 08-14 / V 12508 "Betriebswirtschaftliches und finanzwirtschaftliches Controlling der Städtischen Klinikum München GmbH – Personalausstattung Stadtkämmerei" u. a. folgende Anforderungen an das Betreuungsreferat Stadtkämmerei als "kaufmännisches Betreuungsreferat" herangetragen:

- Schaffung einer verlässlichen und prüfbaren Finanzdatenlage nach den einzelnen operativen medizinischen Einheiten (Ebene des Klinikstandortes reicht nicht aus)
- Benchmark mit den Zahlen u. a. des AKG sowie anderer verfügbarer Kennzahlen (auf Ebene einzelner medizinischer Kennzahlen)
- Ermittlung der Gründe für die Abweichung von den Vergleichszahlen

- Der strategische Ansatz zur kurzfristigen Sanierung und zur langfristigen Unternehmensstrategie ist zu evaluieren
- Prüfung der baulichen Planung bezüglich der einzelnen Standorte auf Validität und Wirtschaftlichkeit
- Umfassende Analyse vor allem der finanziellen, rechtlichen und geschäftsmäßigen Situation und Risiken, Liquiditätsrisiken, bilanziellen Risiken und steuerlichen Risiken
- Zielsetzung: Fundierte Beratung des Stadtrates.

In der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 26.09.2013 wurden per Sitzungsvorlage 08-14 / V 13039 "Vorstellung des Konzepts zur Aufgabenwahrnehmung bei der Betreuung der Städtischen Klinikum München GmbH durch das Referat für Gesundheit und Umwelt und die Stadtkämmerei" u. a. folgende Punkte als Bekanntgabe („Leitplanken“ der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung) vorgetragen:

Schwerpunkte Stadtkämmerei: finanzielle und betriebswirtschaftliche Themen, Investitionen, Sanierung, Ausreichung von hoheitlichen Finanzmitteln und Gewährung von Sicherheiten.

Schwerpunkte Referat für Gesundheit und Umwelt: Vorgaben zum Versorgungsangebot im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge, Ausprägung des med. Leistungsspektrums unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Unternehmens. Anlaufstation für Anträge und Anfragen aus dem ehrenamtlichen Stadtrat - Bearbeitung jedoch nach Schwerpunktsetzung.

Gemeinsame Behandlung und Entscheidung: Themen die nicht einseitig einem Referat zugeordnet werden können, insbesondere alle Komplexe von strategischer Bedeutung.

1.1.2 Aktueller Sachstand zum Beteiligungssteuerung und zukunftsorientierte Weiterentwicklung

Die praktische Umsetzung der vorhergehend genannten Beschlussinhalte führte in den vergangenen Monaten zu der Erkenntnis, dass eine Neuorganisation der Zuständigkeiten der Referate RGU und Stadtkämmerei sinnvoll erscheint.

Im Juli 2014 wird dem Stadtrat die Beschlussvorlage für das Sanierungskonzept der StKM vorgelegt. Die Vorlage beinhaltet als Kernpunkt die geplanten medizinischen Versorgungsstrukturen der StKM in 2022 bzgl. der künftige kapazitären und fachlichen Vorhaltungen. Die wesentlichen Anforderungen an ein künftiges Beteiligungsmanagements sowie die aus der Umsetzung des Sanierungskonzeptes abgeleiteten Handlungsfelder für die Gesellschafterin werden in den nächsten Jahren bei einer übergeordneten Unternehmenssteuerung und einem Sanierungscontrolling für die Gesellschafterin im Sinne einer erfolgreichen Umsetzung des Medizin- und Baukonzepts sowie der finanziellen Konsolidierung des Unternehmens im Rahmen der Umsetzung des Sanierungskonzepts liegen.

Damit verbunden soll im Referat für Gesundheit und Umwelt zukünftig eine deutliche Ausweitung der bisherigen Aktivitäten im Rahmen der Sicherstellung des kommunalen Versorgungsauftrages erfolgen.

Dabei werden die Tätigkeiten des RGU in Richtung einer umfassenden kommunalen Versorgungsstrategie für die zukünftig notwendigen klinischen Einrichtungen im Stadtgebiet weiterentwickelt - unter Einbeziehung ggf. der speziellen Belange und Gegebenheiten der StKM. Die dabei gewonnenen Informationen und Analysen werden auch der Stadtkämmerei zur Unterstützung bei der Wahrnehmung des umfassenden Beteiligungscontrollings zur Verfügung gestellt.

Eine Verteilung der Zuständigkeiten in Hinblick auf eine strategische Versorgungssteuerung des Münchner Gesundheitsmarktes durch das RGU in Abgrenzung zum Beteiligungsmanagement der StKM durch die Stadtkämmerei liegt dazu den weiteren Ausführungen zugrunde.

1.2 Zukünftige Beteiligungssteuerung: Zuständigkeit des Referat für Gesundheit und Umwelt

Vor dem Hintergrund der bestehenden Situation und der notwendig werdenden Aktivitäten hält das RGU eine stärkere strategische Ausrichtung und Schwerpunktsetzung für den Bereich des Gesundheitsmarktes im Großraum München und speziell der stationären Versorgung insgesamt für notwendig.

Als kreisfreier Stadt obliegen der LHM auch alle Aufgaben, die sonst ein Landkreis im eigenen und übertragenen Wirkungskreis abzudecken hat (Art. 9 Abs. 1 Satz 2 Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern). Dazu gehören als Pflichtaufgaben insbesondere auch die Errichtung und der Unterhalt der erforderlichen Krankenhäuser (vgl. Art. 51 Abs. 3 Nr. 1 Landkreisordnung für den Freistaat Bayern). Auch wenn diese Pflichtaufgabe nicht zwingend mit Krankenhäusern in eigener Trägerschaft abgedeckt werden muss, ist die LHM im Rahmen dieser Vorschriften dennoch verpflichtet, eine adäquate Versorgung insbesondere im stationären Bereich dauerhaft sicherzustellen, dies ist ein Kernbereich der kommunalen Daseinsvorsorge.

Angesichts des stetigen Wandels und der weiteren Entwicklung, sowohl der Krankenhauslandschaft, durch medizinischen oder technischen Fortschritt, wie auch der zunehmenden Alterung der Gesellschaft, ist es vorrangige Aufgabe, auch langfristig ein quantitativ wie auch qualitativ bedarfsgerechtes Leistungsspektrum gesundheitlicher Versorgung, besonders im stationären Bereich im Stadtgebiet München für die Bevölkerung sicherzustellen.

1.2.1 Ziele eines strategischen Versorgungsmanagements

Der zukünftige und primäre Fokus muss im RGU darauf liegen, auf Basis von fundierten Daten und differenzierten Analysen des stationären, teilstationären und ambulanten Versorgungssektors, des Krankenhausmarktes sowie aktueller medizinischer und demografi-

scher Entwicklungen die Strategien zur umfassenden stationären Versorgung der Münchner Bevölkerung zukunftsbezogen aktiv zu gestalten und (weiter) zu entwickeln.

Zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrags strebt das RGU folgende zwei Zielsetzungen für seine zukünftigen Tätigkeiten an:

- Förderung und Entwicklung des Gesundheitsstandortes München.
- Schaffung von Transparenz und Darstellung notwendiger Entwicklungen und Gestaltung der klinischen Versorgung im Großraum München, auch unter besonderer Berücksichtigung der in der Trägerschaft der Landeshauptstadt München befindlichen medizinischen Einrichtungen.

1.2.2 Maßnahmen

Ausgehend von der im Rahmen der Analysen festgestellten zukünftigen Bedarfssituation erfolgt eine Definition der damit für die LHM notwendigen Ziele und deren gewünschter Wirkungen.

Dies kann Handlungsbedarf auf verschiedenen Ebenen/mit verschiedenen Akteuren des Gesundheitswesens nach sich ziehen. Eine enge Zusammenarbeit u.a. auch mit den verschiedenen Fachbereichen des RGU, der Stadtkämmerei, der StKM, dem Gesundheitsbeirat und ggf. anderen Institutionen des Gesundheitswesens ist hierbei sicherzustellen.

Sich möglicherweise abzeichnenden Tendenzen von Defiziten in der stationären Versorgung auch in einzelnen Teilbereichen ist zur Sicherstellung der Versorgung - ggf. auch in Verbindung mit entsprechenden Betrauungsakten - zu begegnen.

Dieses Vorgehen ist - besonders im Hinblick auf eventuelle finanzielle Auswirkungen auf den Stadthaushalt - in enger Kooperation mit der Gesellschaft und dem zukünftigen Betreuungsreferat Stadtkämmerei umzusetzen.

Die Fokussierung auf den Bereich des strategischen Versorgungsmanagement bedeutet für das Referat für Gesundheit und Umwelt eine Verschiebung der bisherigen Schwerpunkte und bedingt eine deutliche Erweiterung des Aktionsrahmens. Bisher wurden die Themen anlassbezogen und unterstützend für das taktische und operative Controlling bearbeitet. Die erweiterten Aufgaben dieses ganzheitlichen Ansatzes sollen daher in einem integrierten, strategisch ausgerichteten Gesamtmodell definiert und formuliert werden und über eine logische und strukturierte Brücke mit dem taktischen und operativen Controlling verzahnt werden können.

1.2.3 Umsetzung und Prozesse

Aus den genannten Aufgabenbereichen liegt der Fokus der inhaltlichen Ausarbeitung für dieses Projekt auf dem Themenbereich „Transparenz und Richtungsweisung für die Gesundheitswirtschaft im Großraum München“.

Im Rahmen der Konzeption sind insbesondere folgende Aspekte eines laufenden und regelmäßigen Prozesses hervorgehoben zu berücksichtigen:

- Definition, Erhebung und Pflege eines IT-basierten Datengerüsts und Entwicklung eines Monitorings als Grundlage für eine zukunftsbezogene Prognose der medizinisch-klinischen Versorgung
- Verfolgung und Bewertung der demographischen Entwicklung mit Schwerpunkt auf die Region München
- Wettbewerbsanalyse und Marktbeobachtung für die Region München.
- Verfolgung und Bewertung der G-DRG-Systementwicklung (Vergütungsentwicklung, DRG-Bewertung, Investitionsanteil, Berücksichtigung von NUB's etc.)
- Identifizierung und Verfolgung von Trends (medizinisch, medizinisch-technisch, gesundheitswirtschaftlich, versorgungsstrukturell)
- Initiieren von Kooperationen und Netzwerken

Voraussetzung für die Entwicklung des Grundmodells ist die Erhebung, Auswertung, Analyse und Integration von Daten, strukturierten Fakten und inhaltlichen Informationen in einem kennzahlenorientierten Ansatz.

Analog zum Aufbau von Baumstrukturen und im Controlling üblichen Treibermodellen soll eine Gesamtsicht ableitbar sein, die quantitative und qualitative Informationen zusammenführt. Auf Basis dieses Modells soll eine ganzheitliche zentrale Berichtserstattung und Kommentierung möglich sein. Schwerpunkt ist entsprechend nicht die Anwendungsmethodik von üblichen Markt- und Wettbewerbsanalyse-Modellen, sondern die Ausgestaltung und Verknüpfung dieser Verfahren in einem Gesamtsteuerungsmodell.

Zu Konzeption, Weiterentwicklung und Standardisierung des strategischen Versorgungsmanagement sind insbesondere in der Startphase externe Kapazitäten sowie fachlich-methodische Unterstützung notwendig und bereitzustellen (Finanzierung siehe die Ausführungen unter Punkt 2.1.6).

Das Gesundheitsreferat wird beauftragt, nach Erarbeitung einer entsprechenden Konzeption diese dem Stadtrat zur Information und weiteren Entscheidung vorzulegen.

1.2.4 Zuständigkeit des Gesundheitsausschusses

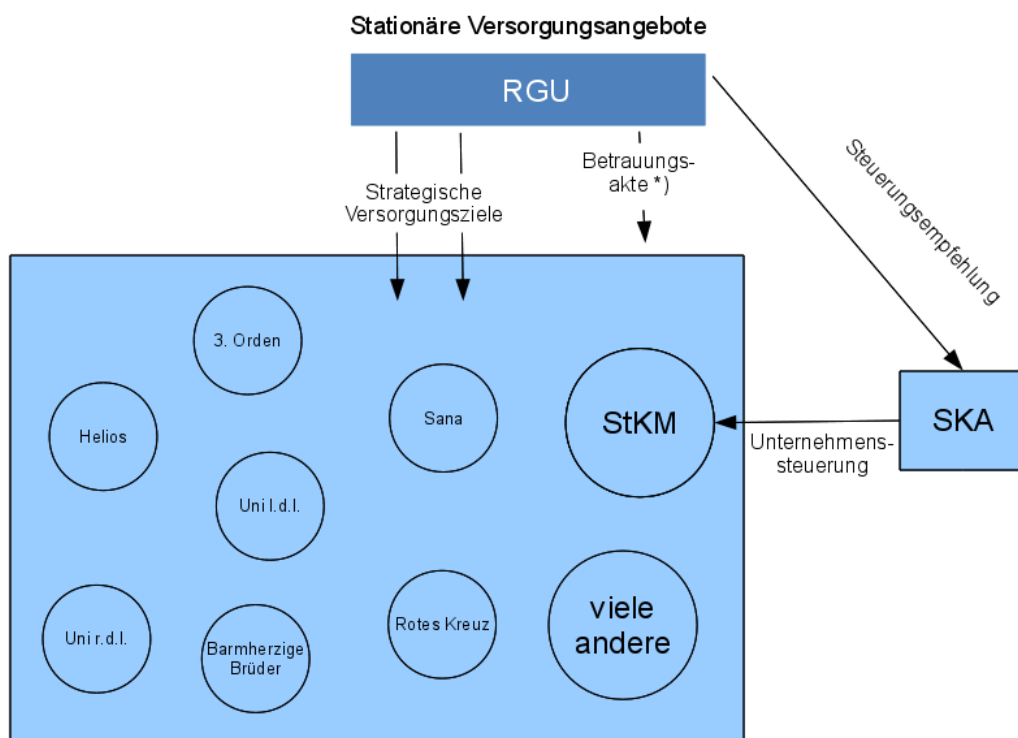
Grundsätzliche Entscheidungen zu Versorgungsbedarfen und -notwendigkeiten trifft nach Vorberatung im Gesundheitsausschuss die Vollversammlung der Landeshauptstadt München. Dies umfasst auch die für die Umsetzung dieser Ziele evtl. erforderlichen Betrauungsakte und Kooperationsvorschläge.

Konkrete Anforderungen/Zielsetzungen für die Städtisches Klinikum München GmbH werden ausschließlich über das künftige Betreuungsreferat Stadtkämmerei und den dann zuständigen Finanzausschuss in die Gesellschaft eingebracht.

1.2.5 Zukünftige Zusammenarbeit und Schnittstellen Referat für Gesundheit – Stadtkämmerei (Betreuungsreferat) – Städtisches Klinikum München GmbH

Die Abgrenzung zum zukünftigen Aufgabenbereich der Stadtkämmerei sowie die Inhalte verdeutlichen die folgenden Erläuterungen und Grafiken:

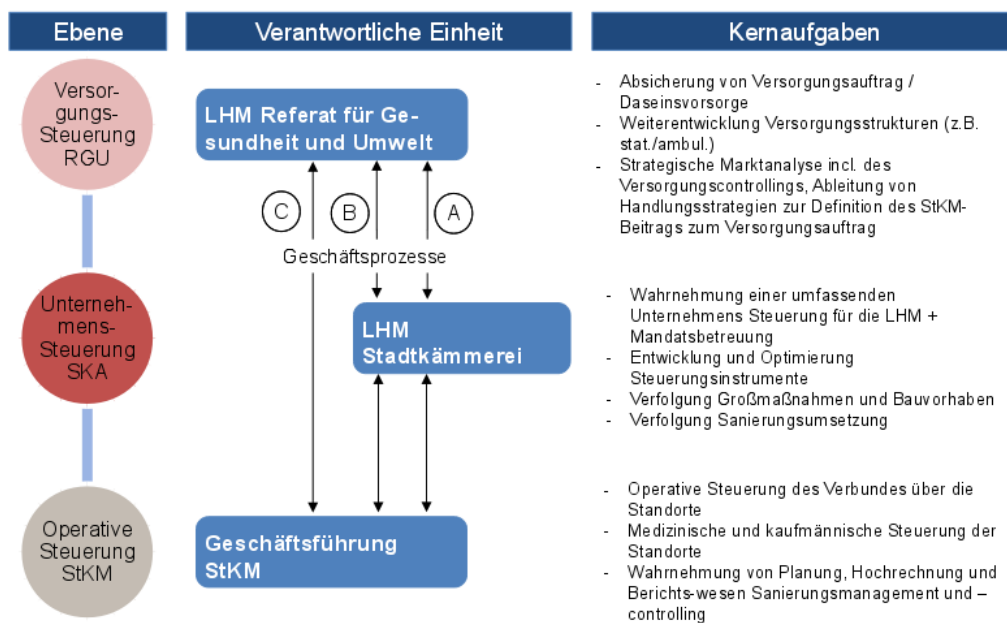
HANDLUNGSRAHMEN GESUNDHEITSVERSORGUNG MÜNCHEN



*) Betreuungsakte: Im Rahmen eines Betreuungsaktes werden Unternehmen mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (Daseinsvorsorge) betraut und erhalten dafür Ausgleichsleistungen. Diese Beihilfen sind von der europarechtlichen Notifizierungspflicht freigestellt

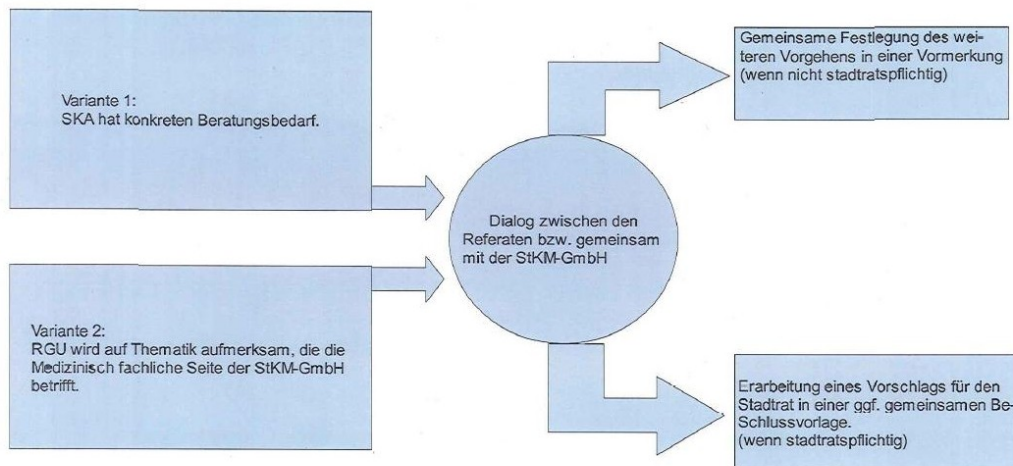
HANDLUNGSRAHMEN GESUNDHEITSVERSORGUNG MÜNCHEN

Klare Abgrenzung und Zuordnung von Aufgaben der Steuerungsebenen zu Referaten und Geschäftsführung



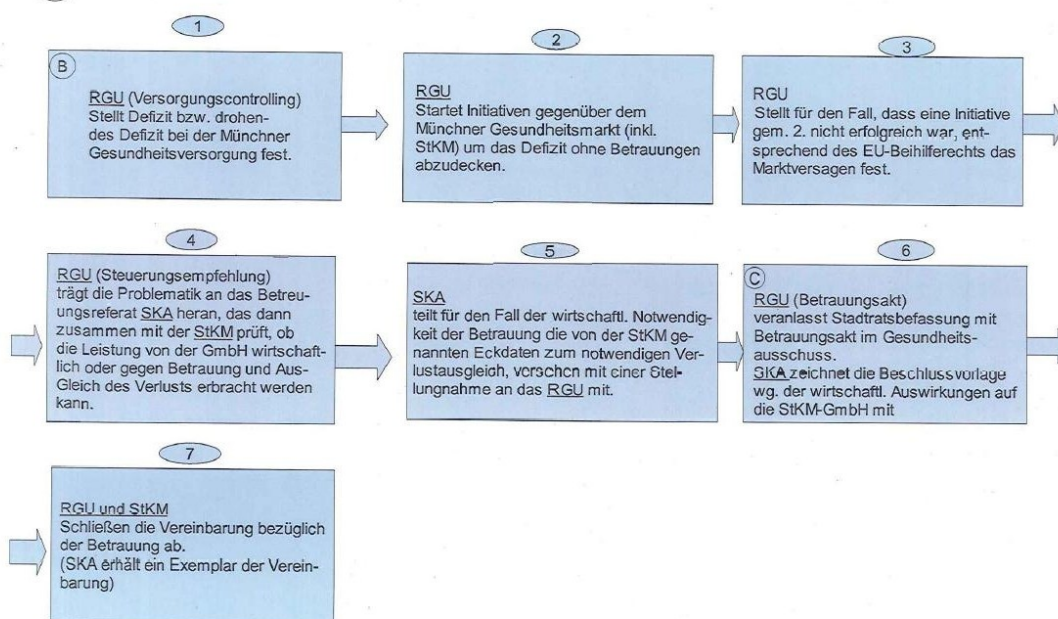
Die oben dargestellten Geschäftsprozesse zwischen den Beteiligten (A, B, C) stellen sich im Detail zukünftig wie folgt dar:

A Geschäftsprozess:
Beratung der SKA durch das RGU bei medizinischen Fachthemen der StKM-GmbH



B Geschäftsprozess: Sicherstellung der Versorgung

C Geschäftsprozess: Betrauungsakt



1.2.6 Personal und Finanzierung

Mit Beschluss vom 24.07.2013 (SV 08-14 / V 12556) hat der Stadtrat zugestimmt, dass sich das Referat für Gesundheit und Umwelt insbesondere im Rahmen der Begleitung bei der Umsetzung des medizinischen Konzepts vertieft dem Controlling der medizinischen Architektur einschließlich dem medizinischen Leistungsgeschehen und der Qualitätssicherung der 60 Fachabteilungen der StKM annehmen wird. Für eine sachgerechte Erledigung dieses Aufgabenkomplexes wurden zwei zusätzliche Stellen beim Referat für Gesundheit und Umwelt eingerichtet und das Ausschreibungsverfahren für die Stellenbesetzung eingeleitet. Beide Stellen im Referat für Gesundheit und Umwelt konnten noch nicht besetzt werden. Aufgrund der Neuausrichtung der Zuständigkeit wird derzeit die Aufhebung der Ausschreibungsverfahren betrieben.

Die Stelle V 415369/ IVa/ III (E 11 TVöD) soll im Rahmen der Neuausrichtung vom Stellenplan des Referats für Gesundheit und Umwelt in den Stellenplan der Stadtkämmerei für die zusätzliche Aufgabenerledigung als Betreuungsreferat übertragen werden. Zur Finanzierung dieser Stelle können die ursprünglich im Rahmen der Beschlussfassung vom 24.07.2013 für das Referat für Gesundheit und Umwelt vorgesehenen, dort aber noch nicht eingestellten Mittel verwendet werden.

Im Rahmen der Konzeption und Ausbau einer kommunalen Versorgungsstrategie für den klinischen Bereich, insbesondere in der Startphase sowie bei notwendigen Weiterentwicklungen, sind im RGU zusätzliche Kapazitäten sowie fachlich-methodische Unterstützung

notwendig (s.a. Punkt 2.1.3). Aufgrund des hohen Spezialisierungsgrades sind wiederkehrende externe Unterstützungsleistungen entsprechend dem Fortgang der Konzeptentwicklung, mindestens aber bis zum erfolgreichen Abschluss des Sanierungsprozesses (Medizinische Architektur) der Städtisches Klinikum München GmbH erforderlich. Hierfür sind genaueste Kenntnisse im Gesundheitswesen mit Schwerpunkt auf dem Krankenhausmarkt, wie auch der Anforderungen und Abläufe einer kommunalen Verwaltungsorganisation und der üblichen Aufteilung und -stellung im städtischen Umfeld gefordert.

Es ist davon auszugehen, dass entsprechende Kompetenzen auch bei Ausreizung der städtischen Vergütungsmodalitäten nicht am Arbeitsmarkt zu gewinnen sind. Die bereits erfolgte Stellenausschreibung, auf die keinerlei Bewerbungen eingingen, unterstreicht diese Einschätzung nachdrücklich. Die Stelle V 415368/ Ia (E 15 TVöD) soll daher eingezo-gen, die entsprechenden Mittel in Höhe von rund 100.000 € sollen dem Referat für Gesundheit und Umwelt dauerhaft als Sachmittel für die genannten externen Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden.

Die oben dargestellten Aufgaben hinsichtlich der Sicherstellung der Gesundheitsversorgung im Rahmen der Daseinsvorsorge, im Einzelnen der strategischen Versorgungssteuerung, des Versorgungscontrollings sowie der Steuerung der Betrauungsakte für die stationäre Versorgung in München werden durch das Referat für Gesundheit und Umwelt, mit dem dort derzeit vorhandene Personal (1,6 Vollzeitäquivalente) wahrgenommen. Im Rahmen der künftigen Aufgabenwahrnehmung wird eine konkrete Stellenbemessung für die dort dafür dauerhaft erforderlichen personellen Ressourcen durchgeführt. Sofern sich daraus eine für die sachgerechte Aufgabenerledigung notwendige Ressourcenmehrung ergibt, wird das Referat für Gesundheit und Umwelt beauftragt, dem Stadtrat Aufgaben und Ressourcenbedarf zur Beschlussfassung vorzulegen.

1.3 Zukünftige Beteiligungssteuerung: Zuständigkeit der Stadtkämmerei und des Finanzausschusses

Die Stadtkämmerei nimmt ab 01.06.2014 allein die Funktion als Betreuungsreferat der StKM wahr. Dies umfasst das komplette Beteiligungsmanagement inkl. der Beteiligungsverwaltung und Mandatsbetreuung, das Beteiligungscontrolling sowie im Rahmen der Sanierung die Sonderanforderungen eines Sanierungscontrollings. Zuständiger Fachausschuss für diese städtische Beteiligungsgesellschaft ist ab 01.06.2014 der Finanzausschuss.

1.3.1 Definition, Zielsetzung und Aufgaben des Beteiligungsmanagements der Stadtkämmerei

Zielsetzung des Beteiligungsmanagements ist die Unterstützung der Alleingesellschafterin durch das Controlling der StKM im Hinblick auf eine erfolgreiche Unternehmensführung. Dies umfasst u. a.

- die Kommunikation und Herstellung der Transparenz zwischen Unternehmen sowie Gesellschafterin und Gremien.

- die Unterstützung bei der Festlegung der Unternehmensziele durch die Alleingesellschafterin.
- die Überprüfung der Einhaltung von Vorgaben der Gesellschafterin.
- die Überprüfung der Unternehmensplanungen.
- die lfd. Überwachung der Umsetzung der Unternehmensziele sowie der Unternehmensplanungen.
- die Unterstützung bei der Ausübung der Kontroll- und Aufsichtsfunktionen der Gesellschafterin sowie des Aufsichtsrates.

Neben dem wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens spielt die Funktion des Beteiligungsunternehmens im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge eine herausragende Rolle. Hierzu benötigt ein Beteiligungsmanagement möglichst klare Vorgaben zum Umfang des Managementauftrags sowie zu den Zielen und Maßgaben der Gesellschafterin. Definition des Deutschen Städtetags: "Das Beteiligungsmanagement wird mittels der Beteiligungsverwaltung durchgeführt. In organisatorischer Hinsicht bezeichnet dieser Begriff die Abteilung oder Einheit, die die Verwaltungsleitung und die Entscheidungsträger in ihrer Steuerungsverantwortung unterstützt und eine Überwachung und Unterstützung der Beteiligungen unter einheitlichen fachlichen, wirtschaftlichen und organisatorischen Gesichtspunkten sichert. Inhaltliche Aufgaben der Beteiligungsverwaltung sind das strategische und operative Beteiligungscontrolling und die Mandatsbetreuung."

Im Konkreten fallen hierunter u. a. folgende Aufgaben bezogen auf die StKM an:

- Beteiligungsverwaltung (Aktenverwaltung, Rechtsberatung der Eigentümerin, beihilferechtliche Anforderungen, Finanzplanung, ...).
- Mandatsbetreuung inkl. Berichts- und Beschlusswesen.
- Organisation der Gremienzusammenarbeit sowie der innerstädtischen Schnittstellen.
- Entwicklung und Optimierung von Steuerungs- und Kommunikationsprozessen zwischen Gesellschafterin, Unternehmen und Betreuungsreferat.
- Anforderung und Überprüfung aller steuerungsrelevanter Unterlagen.
- Überwachung der Sanierungsumsetzung inkl. Bauprojektierung.
- Organisation bzw. Abwicklung Schriftverkehr / Beschwerdewesen.
- Bearbeitung von Stadtratsanträgen / -anfragen sowie sonstigen Anträgen / Anfragen.
- Ausarbeitung von Sitzungsvorlagen.
- Organisation der Mittelbereitstellung (LHM) ausgenommen Betreuungsakte sowie Überprüfung der plangerechten Verwendung.

1.4 Personelle Ausstattung

Zur personellen Ausstattung des RGU wird auf die Ausführungen unter 1.2.6 verwiesen.

Stadtkämmerei:

Personalkosten

Nachdem künftig die Aufgaben der Geschäftsstelle des Aufsichtsrates der StKM vom Referat für Gesundheit und Umwelt zur Stadtkämmerei wechseln, soll auch die bisher die

mit diesen Aufgaben befasste Stelle im RGU (1 VZÄ, Stelle V 413332/ III/ II (E12 TVöD) mit Personal- und Sachbudget in die Stadtkämmerei übertragen werden
Für die Stelle wird ein Jahresmittelbetrag (Entgeltgruppe E12) in Höhe von 83.140 Euro angesetzt, da die Stelle derzeit mit einer Tarifbeschäftigten besetzt ist, die ebenfalls in die Stadtkämmerei wechseln wird. Eine konkrete Bewertung der Stelle ist derzeit nicht erforderlich, da die Aufgaben der Stelle unverändert sind und lediglich die organisatorische Zuordnung verändert wird.

Sachkosten

Neben den reinen Personalkosten fallen für die Einrichtung und den Unterhalt des neuen Arbeitsplatzes einmalige Kosten i.H. von 2.370 € sowie jährliche Kosten von jeweils 4.890 € (Sachkosten Technikunterstützung) an.

Finanzierung

Mit der beantragten Maßnahme entstehen in der Stadtkämmerei zusätzliche Ausgaben, die im bisherigen Budget nicht enthalten sind.
Der Ausgleich dieser Mehrausgaben kann aber durch eine Budgetumschichtung aus dem Referat für Gesundheit und Umwelt erfolgen.

2. Benennung der Mitglieder des Aufsichtsrates

Bei der Städtisches Klinikum München GmbH (StKM) endete die Amtszeit der e.a. Stadtratsmitglieder, die in den Aufsichtsrat der STKM berufen wurden, am 30.04.2014. Eine Übergangsfrist ist im Gesellschaftsvertrag nicht geregelt. Am 4.7.14 wird die nächste reguläre Aufsichtsratssitzung stattfinden. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen ist nicht ausgeschlossen, dass davor auch eine außerordentliche Sitzung des Aufsichtsrats beantragt wird. Es wird daher empfohlen, für den Aufsichtsrat der StKM eine Berufung der neuen Aufsichtsratsmitglieder beschlussmäßig in dieser Sitzung herbeizuführen.

Gemäß § 8 Abs. 2 Satz 3 des Gesellschaftsvertrages der StKM setzt sich der Aufsichtsrat aus 16 Mitgliedern zusammen. Infolge der paritätischen Besetzung entfallen auf die Landeshauptstadt München insgesamt 8 Aufsichtsratsmandate. Die übrigen 8 Mitglieder werden von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Städtisches Klinikum München GmbH gemäß den Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 gewählt.

Der/die Vorsitzende des für die Krankenhäuser zuständigen Fachausschusses, der/die für das Gesundheitswesen zuständige berufsmäßige Stadtrat/Stadträtin sowie der Stadtkämmerer gehören dem Aufsichtsrat kraft Amtes als geborene Mitglieder an (§ 8 Abs. 2 Satz 2 des Gesellschaftsvertrages).

Die übrigen 5 Mitglieder der Gesellschafterin werden unter namentlicher Berufung durch den Stadtrat bestellt. In der vergangenen Amtsperiode (Ältestenrat am 06.06.2008) wurde vereinbart, dass die in der Vergangenheit angewandte Praxis fortgeführt und für die Sitzverteilung in den Gremien grundsätzlich das Hare/Niemeyer-Verfahren zur Anwendung kommen soll. Bei 5 Mitgliedern errechnet sich folgendes Verhältnis:

2 (CSU) : 2 (SPD) : 1 (Bündnis 90/Die Grünen/RL).

Die zu entsendenden Mitglieder werden von den Fraktionen und Gruppierungen in der heutigen Vollversammlung entsprechend benannt.

Gleichzeitig mit den Aufsichtsratsmitgliedern kann die Gesellschafterin optional Ersatzmitglieder für ein oder mehrere Aufsichtsratsmitglieder nach einer festzulegenden Reihenfolge bestellen. Diese werden ggf. in der heutigen Vollversammlung benannt.

3. Änderung des Gesellschaftsvertrags

3.1 Mitgliedschaft im Aufsichtsrat

Wie schon unter 2. vorgetragen, gehören dem Aufsichtsrat für die Gesellschafterin Stadt neben dem/der für das Gesundheitswesen zuständige/n berufsmäßige/n Stadtrat/Stadträtin und dem Stadtkämmerer der/die Vorsitzende des für die Krankenhäuser zuständigen Fachausschusses kraft Amtes als geborene Mitglieder an (§ 8 Abs. 2 Satz 3 des Gesellschaftsvertrages). Auf Grund der Bedeutung der Sanierung der Städtisches Klinikum München GmbH soll künftig an Stelle des Vorsitzenden des für die Krankenhäuser zu-

ständigen Fachausschusses (bisher Gesundheitsausschuss) ab der neuen Amtsperiode des Stadtrats der Oberbürgermeister als geborenes Mitglied dem Aufsichtsrat der Städtisches Klinikum München GmbH angehören.

§ 8 Abs. 2 Satz 3 des Gesellschaftsvertrags soll folgende Fassung erhalten:

„Der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin, der/die für das Gesundheitswesen zuständige berufsmäßige Stadtrat/Stadträtin sowie der Stadtkämmerer gehören dem Aufsichtsrat als geborene Mitglieder an.“

3.2 Ende der Amtszeit als Aufsichtsratsmitglied

Die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder der Städtisches Klinikum München GmbH endet nach § 8 Abs. 2 Satz 1 des Gesellschaftsvertrags mit der Beendigung der Gesellschafterversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach Beginn der Amtszeit beschließt. Hierbei wird das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, nicht mitgerechnet. Jedoch endet die Amtszeit von bestellten Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Aufsichtsrats, die dem Stadtrat der Landeshauptstadt München angehören, nach § 8 Abs. 3 Satz 5 des Gesellschaftsvertrags mit dem Ende der Wahlzeit oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Stadtrat.

Mit Beschluss der Vollversammlung vom 28.07.2010 wurden 5 Stadtratsmitglieder als ordentliche Mitglieder in den Aufsichtsrat der Städtisches Klinikum München entsandt.

Die Amtszeit darf grundsätzlich die Grenze des § 102 AktG nicht überschreiten.

Der Ältestenrat hat in seiner Sitzung am 16.05.2014 beschlossen, dass die Regelung zum Ende der Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder, die dem Stadtrat angehören, neu gefasst werden soll. Um zu verhindern, dass der Aufsichtsrat längere Zeit ohne die 5 ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder als Vertreter der Gesellschafterin Stadt tagen könnte, soll der Gesellschaftsvertrag abgeändert werden.

Es wird vorgeschlagen, § 8 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags wie folgt zu ergänzen:

„Die bisherigen Aufsichtsratsmitglieder führen die Geschäfte bis zur Entsendung der neuen Aufsichtsratsmitglieder durch den Stadtrat fort. Hierbei darf die höchstzulässige Amtszeit gem. § 102 Aktiengesetz (AktG) nicht überschritten werden.“

Die Änderung des Gesellschaftsvertrages wird gem. § 54 Abs. 3 GmbHG mit Eintragung ins Handelsregister wirksam.

4. Abstimmung

Die Beschlussvorlage ist mit der Stadtkämmerei und dem Referat für Gesundheit und Umwelt abgestimmt.

5. Beteiligung der Bezirksausschüsse

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

II. Antrag des Referenten

1. Betreuungsreferat für die Städtisches Klinikum München GmbH ist ab 01.06.2014 die Stadtkämmerei. Zuständiger Fachausschuss für diese städtische Beteiligungsgesellschaft betreffend Stadtratsbefassungen ist ab 01.06.2014 der Finanzausschuss.
2. Das Referat für Gesundheit und Umwelt ist im Rahmen der Daseinsvorsorge künftig zuständig für die Entwicklung von Strategien zur umfassenden stationären Versorgung des Münchener Gesundheitsmarktes. Zuständiger vorberatender Fachausschuss für künftige Versorgungsangebote, Kooperationen mit Dritten und den Abschluss von Betrauungsakten ist der Gesundheitsausschuss.
3. Die Zuständigkeiten über Grundsatzentscheidungen zum Versorgungsbedarf bleiben dem Gesundheitsausschuss als vorberatendem Ausschuss vorbehalten. Konkrete Anforderungen an die Städtisches Klinikum München GmbH sind zukünftig über das zuständige Betreuungsreferat Stadtkämmerei und dem dafür zuständigen Finanzausschuss in die Gesellschaft einzubringen.
4. Die Geschäftsstelle für den Aufsichtsrat der Städtisches Klinikum München GmbH wird der Stadtkämmerei ab 01.06.2014 zugeordnet. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, die Stelle V 413332/ III/II (E 12 TVöD) vom Referat für Gesundheit und Umwelt auf die Stadtkämmerei zu übertragen. Die Stadtkämmerei wird beauftragt, die dafür im Jahr 2104 einmalig erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von bis zu (Anteil 2014 aus 83.140) € entsprechend des Zeitpunkts des Stellentransfers auf dem Büroweg zu beantragen. Die Deckung erfolgt aus dem Personalhaushalt des Referats für Gesundheit und Umwelt.
5. Die Stadtkämmerei wird beauftragt, die ab dem Jahr 2015 dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittele in Höhe von bis zu 83.140 € bei den Ansätzen der Personalauszahlungen beim Kostenstellenbereich 21100100, Unterabschnitt 0300 anzumelden. Die Deckung erfolgt aus dem Personalhaushalt des Referats für Gesundheit und Umwelt.
6. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, die Stelle V 415368/ Ia (E 15 TVöD) einzuziehen.
7. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, die ursprünglich für die Finanzierung der unter Antragsziffer 6. genannten Stelle vorgesehenen Mittel in Höhe von 100.000 € dauerhaft in seinem Sachmittelhaushalt anzumelden.

8. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, die Stelle V 415369/ IVa/ III (E 11 TVöD) vom Referat für Gesundheit und Umwelt auf die Stadtkämmerei zu übertragen. Die Stadtkämmerei wird beauftragt, die dafür im Jahr 2014 einmalig erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von bis zu (Anteil 2014 aus 76.180) € entsprechend der tatsächlichen Besetzung der Stelle auf dem Büroweg zu beantragen. Die Mittel sind zahlungswirksam.
9. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, ein Vergabeverfahren für die externe Unterstützungsleistung einzuleiten.
10. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, nach Erarbeitung einer Konzeption für ein strategisches Versorgungsmanagement dieses zusammen mit einem eventuellen Ressourcenmehrbedarf dem Stadtrat zur Information und Beschlussfassung vorzulegen.
11. In den Aufsichtsrat der für die Städtisches Klinikum München GmbH werden als ordentliche Mitglieder entsandt:
- Von der CSU-Fraktion:
- Herrn/Frau Stadtrat/rätin _____
- Herrn/Frau Stadtrat/rätin _____
- Von der SPD-Fraktion:
- Herrn/Frau Stadtrat/rätin _____
- Herrn/Frau Stadtrat/rätin _____
- Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/RL:
- Herrn/Frau Stadtrat/rätin _____
12. Als Ersatzmitglieder für den Aufsichtsrat der Städtisches Klinikum München GmbH werden bestellt:
- Von der CSU-Fraktion:
1. Ersatzmitglied: Herrn/Frau Stadtrat/rätin _____
2. Ersatzmitglied: Herrn/Frau Stadtrat/rätin _____
- Von der SPD-Fraktion:
1. Ersatzmitglied: Herrn/Frau Stadtrat/rätin _____
2. Ersatzmitglied: Herrn/Frau Stadtrat/rätin _____
- Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/RL:
1. Ersatzmitglied: Herrn/Frau Stadtrat/rätin _____

13. Der Gesellschaftsvertrag der Städtisches Klinikum München GmbH wird wie folgt geändert:

§ 8 Abs. 2 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„Der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin, der/die für das Gesundheitswesen zuständige berufsmäßige Stadtrat/Stadträtin sowie der Stadtkämmerer/die Stadtkämmerin gehören dem Aufsichtsrat als geborene Mitglieder an.“

§ 8 Abs. 3 wird wie folgt ergänzt:

„Die bisherigen Aufsichtsratsmitglieder führen die Geschäfte bis zur Entsendung der neuen Aufsichtsratsmitglieder durch den Stadtrat fort. Hierbei darf die höchstzulässige Amtszeit gem. § 102 Aktiengesetz (AktG) nicht überschritten werden.“

14. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Der Referent

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

IV. Abdruck von I. mit III.

über den Stenografischen Sitzungsdienst

an das Direktorium - Dokumentationsstelle

an die Stadtkämmerei

an das Revisionsamt

z. K.

V. Wv. Direktorium – HA I gesamtstädt. Controlling / Steuerungsunterstützung

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. **An das
RGU**

z. K.

Am